Presseinformation vom 03.02.2014

03.02.2014 12:15

Presseinformation vom 03.02.2014

Sonderrechte für 0,3% der Bevölkerung

Bürger im Saarland müssen zurückstecken, damit Politiker und Prominente ihr Hobby ausüben können

„Es ist nicht einzusehen, dass 99,7 % der saarländischen Bevölkerung in ihren Rechten zurückstecken müssen, damit Politiker, Behördenmitarbeiter oder Honorige ihr Hobby ausüben können" sagt Kristine Conrad, die Vorsitzende der Anti-Jagd-Allianz, und meint damit die „einvernehmliche Regelung" zwischen der Datenschutzbeauftragen des Saarlandes und der Saarjäger zur Anbringung von Wildtierkameras in den Wäldern.

Lex Saarland bei der Installation der Wildtierkameras

Conrad kritisiert diese Sonderregelung scharf. Sie besitzt ihrer Meinung nach keine rechtliche Grundlage. *„Man hat hier wieder einmal einen Lex Saarland geschaffen!"*. Konkret geht es darum, dass künftig Jäger unter bestimmten Auflagen Wildtierkameras in den Wäldern anbringen dürfen um somit die Tiere besser beobachten und zum Abschuss bringen können. *„Eine Überwachung des Waldes oder Teile davon ist nur dann zulässig, wenn es zur öffentlichen Sicherheit oder zur Wahrung eines Hausrechtes dient. Eine Überwachung einer Kirrstelle dient ganz sicherlich nicht der öffentlichen Sicherheit"*, führt Conrad weiter aus. *„Das Argument der Jäger, dass nur mit dieser Überwachungsmöglichkeit der angeblich hohen Population der Wildtiere Herr zu werden ist, ist mehr als Fadenscheinig. Es gibt nirgendwo Bestandslisten, die belegen, dass wir zu viele Tiere in den Wäldern haben"*, so Conrad. *„Und so glaubt man wohl auch in der Zentralen Datenschutzstelle des Saarlandes den Grünröcken, die der Öffentlichkeit fleißig vorgaukeln, dass unsere Wälder voll von bösen Tieren ist"*.

Perfide Mittel, um Mord(s)lust der Jäger zu bändigen

Waldbesucher haben das Recht auf informelle Selbstbestimmung und somit das Recht, sich im Wald ungezwungen aufhalten und bewegen zu dürfen. Sie sollten nicht befürchten müssen, ungewollt zum Gegenstand einer Foto- oder Videoüberwachung gemacht zu werden. In Blick auf den Protest des Deutschen Tierschutzbundes stellt Conrad weiter fest: *„Wir können daher den Tierschutzbund mit seiner Meinung nur dabei unterstützen, dass die Bürgerinnen und Bürger alle Möglichkeiten des Rechtsstaates ausschöpfen sollten, um sich gegen dieses Privileg der Hobbyjäger zu wehren. Es ist abartig, welche perfiden Mittel und Argumente sich die Jäger noch einfallen lassen, damit sie besser ihre Mord(s)lust bändigen können. Jetzt müssen mit Unterstützung der Behörden nicht nur schon die Millionen Tiere unter dem Hobby der 0,3% aus der Bevölkerung leiden, sondern auch 99,7 % der Gesamtbevölkerung"*.